

Omnibus-Verfahren: EU-Kommission will Nachhaltigkeitsregulierung zügig verschlanken

20. Januar 2025 | Ruth-Janessa Funk

Die Europäische Union macht ernst mit der Vereinfachung der Nachhaltigkeitsregulierung. Mit dem sogenannten [Omnibus-Verfahren](#) plant die EU-Kommission eine umfassende Straffung der komplexen ESG-Berichterstattung, die Unternehmen seit Jahren vor große Herausforderungen stellt.

Was ist ein Omnibus-Verfahren?

Wer den Begriff „Omnibus“ hört, denkt zunächst an einen Bus, der viele Passagiere gleichzeitig befördert. Ganz ähnlich funktioniert das sogenannte Omnibusverfahren in der Rechtsetzung: Mehrere Regelwerke werden „mitgenommen“ und parallel überarbeitet, anstatt sie einzeln zu behandeln. Damit sollen zeitraubende Mehrfachverfahren ersetzt und komplexe Regelungen in einem Schritt zusammengeführt werden.

Das Omnibus-Verfahren ist ein legislativer Ansatz, bei dem mehrere Gesetze oder Verordnungen gleichzeitig überarbeitet oder zusammengefasst werden, um die Komplexität für Unternehmen zu verringern, während die wesentlichen Ziele der ursprünglichen Regelungen beibehalten werden.

Gerade in der Europäischen Union, in der zahlreiche Richtlinien und Verordnungen gleichzeitig gelten und ineinander greifen, bietet das Omnibus-Verfahren die Möglichkeit, sich überschneidende oder redundante Inhalte zu identifizieren, zusammenzuführen und damit effizienter zu gestalten.

Im [Kontext der Nachhaltigkeitsregulierung der EU](#) - etwa bei den Vorgaben zur Berichterstattung über Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (ESG) - ist das Omnibus-Verfahren derzeit besonders relevant. Es bündelt verschiedene Gesetzesinitiativen und Verordnungspakete in einem einzigen Entwurf, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und klarere Regelungen zu schaffen.

Statt also mehrfach Dokumentationen und Berichte einreichen zu müssen, werden die Unternehmen durch einen solchen gebündelten Ansatz entlastet. Ziel dieses legislativen Ansatzes ist es, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, ohne die zentralen Inhalte

und Ziele der jeweiligen Richtlinien zu verwässern. Aus vielen Einzelschritten wird so ein gemeinsamer Weg - vergleichbar mit einem Bus, in dem alle Fahrgäste an der gleichen Endhaltestelle ankommen, nur wesentlich einfacher.

Was kommt alles in den Omnibus? Neben der CSRD, der CSDDD und der EU-Taxonomie prüft die EU weitere Regulierungen.

Konkret geht es darum, die Berichtspflichten aus der CSR-Richtlinie, der EU-Taxonomie und der Lieferkettenrichtlinie so zu überarbeiten, dass die Unternehmen deutlich entlastet werden. Ziel ist es, den bürokratischen Aufwand, um mindestens 25 Prozent zu reduzieren. Für Unternehmen ist das eine echte Chance. Weniger Bürokratie, mehr Fokus auf konkrete Nachhaltigkeitsziele. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen können aufatmen, denn der administrative Aufwand wird sinken. Folgende Branchen können von den Änderungen im Omnibusverfahren am meisten profitieren

1. **Automobilindustrie:** Diese Branche steht unter hohem Druck bezüglich Umweltschutz und CO₂-Emissionen. Eine Vereinfachung der Berichtspflichten könnte hier besonders entlastend wirken.
2. **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV):** Der ÖPNV steht vor großen Herausforderungen und Investitionsbedarf. Vereinfachte Regelungen könnten die Umsetzung von Modernisierungsmaßnahmen erleichtern.
3. **Chemische und pharmazeutische Industrie:** Diese Branchen sind stark von Umweltauflagen betroffen. Eine Straffung der Berichtspflichten könnte hier administrative Entlastung bringen.
4. **Banken und Versicherungen:** Der Finanzsektor ist stark von ESG-Berichtspflichten betroffen. Eine Vereinfachung könnte hier besonders spürbar sein.
5. **Mittelständische Unternehmen:** Generell könnten kleine und mittlere Unternehmen überproportional von einer Reduktion des bürokratischen Aufwands profitieren, da sie häufig über weniger Ressourcen für eine komplexe Berichterstattung verfügen.

Wichtig ist, dass das Omnibusverfahren darauf abzielt, die Berichtspflichten zu vereinfachen, ohne die Kernziele der Nachhaltigkeitsregulierung zu verwässern. Die Balance zwischen Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz muss gefunden werden. Die EU steht vor einer Gratwanderung - und die Wirtschaft wartet gespannt auf die konkreten Vorschläge. Die tatsächlichen Auswirkungen werden sich erst zeigen, wenn die konkreten Vorschläge der EU-Kommission vorliegen.